

Keine Friedenspfeife zwischen National- und Ständerat *Frage eines grundsätzlichen Rauchverbots in Gaststätten bleibt offen*



Der Nationalrat will das Rauchen in Restaurants nicht generell verbieten (Bild: NZZ/K. Hofer)

Keine Einigung an der Raucherfront zwischen National- und Ständerat. Der Ständerat möchte den Rauchern den Glimmstängel grundsätzlich verbieten, wenn keine Fumoirs in Gaststätten eingerichtet werden können. Der Nationalrat hält dies für übertrieben. Er will Raucherlokale weiterhin zulassen, wenn keine bauliche Abgrenzung möglich ist.

(ap) Restaurants und Nachtlokale sollen in der Schweiz trotz besserem Schutz vor Passivrauchen als Raucherbetriebe geführt werden können. Der Nationalrat will dies im Unterschied zum Ständerat unter bestimmten Bedingungen erlauben. In Raucherräumen soll nur bedient werden, wer im Arbeitsvertrag sein Einverständnis gibt.

Der Nationalrat bestätigte seinen früheren Entscheid für die Raucherräume am Mittwoch mit 94 zu 86 Stimmen. Damit verweigerte er sich dem vom Ständerat angestrebten Paradigmenwechsel von der Freiheit des Rauchens hin zur Freiheit des Nichtrauchens, wie Kommissionssprecherin Ruth Humbel (cvp., Aargau) es ausdrückte. Eine Bewilligung als Raucherbetrieb ist dann vorgesehen, wenn es den Betreibern der Lokale nicht möglich ist, getrennte Raucher- und Nichtraucherräume einzurichten.

Existenzielle Schwierigkeiten

Die bürgerlichen Befürworter argumentierten, es drohten existenzielle Schwierigkeiten für kleine Beizen gerade in ländlichen Gegenden. 30 Prozent der Gäste würden ausbleiben. Im Sinne einer liberalen Lösung müsse es möglich bleiben, dass sich Raucher in einem Restaurant treffen könnten. Der Schutz vor dem Passivrauchen sei dadurch gewährleistet, dass die Gastrobetriebe ja grundsätzlich rauchfrei sein müssten. Verschiedene Redner warfen der Minderheit mangelnde Toleranz vor. Die SVP-Vertreter Roland Borer (Solothurn) und Christian Miesch (Basel-Land) sprachen sogar von Taliban und Landvögten.

Linke Opposition

Die Linke opponierte heftig. Die Schweiz solle nicht zum Aschenbecher Europas werden, sagte der Genfer Arzt Jean-Charles Rielle (sp.). Es gehe um eine Gewissensfrage, tausende Todesfälle könnten verhindert werden. Das Parlament dürfe sich nicht von Gastrosuisse und dem Gewerbeverband knebeln lassen. Jacqueline Fehr (sp., Zürich) sah ebenfalls kein stichhaltiges Argument gegen einen besseren Schutz vor Passivrauchen. Das Volk stehe grossmehrheitlich hinter strengen Regelungen, sagte sie mit Verweis auf die klaren Mehrheiten bei kantonalen Abstimmungen. Die Umstellung auf Nichtraucherbetriebe bedeute zudem einen Wettbewerbsvorteil, mit gravierenden Umsatzeinbussen sei nicht zu rechnen. Auch Gesundheitsminister Pascal Couchepin mass den wirtschaftlichen Argumenten der Befürworter kein grosses Gewicht zu. Die Mehrheit wolle hier etwas verteidigen, was schon verloren sei.

Zustimmung Voraussetzung für Einsatz

Zur Bedienung in abgetrennten und ausreichend belüfteten Raucherräumen, sogenannte Fumoirs, schlägt der Nationalrat vor, dass hier Personal nur eingesetzt werden darf, wenn es solchen Einsätzen im Arbeitsvertrag ausdrücklich zustimmt. Die Linke hatte mit Unterstützung von Couchepin auch dagegen opponiert. Wer die Arbeit brauche, könne es sich kaum leisten, dieses Einverständnis nicht zu geben, sagte Couchepin. Sie wollte zurück zur Lösung des Bundesrats, der hier keinen Einsatz von Personal vorsehen wollte. Der Ständerat schlägt vor, eine Bedienung nur ausnahmsweise zu erlauben.

Gefolgt ist der Nationalrat der Kleinen Kammer beim Absatz zu den kantonalen Vorschriften. Damit wird den Kantonen ausdrücklich zugestanden, strengere Vorschriften zum Schutz der Gesundheit zu erlassen. Er hielt aber an einer Übergangsfrist von zwei Jahren für das Rauchverbot fest, die Gastbetrieben und Nachtlokalen genügend Zeit für Umbauten einräumen soll. Der Entwurf geht zurück in den Ständerat.

Der Gesetzesentwurf geht auf eine parlamentarische Initiative des jetzigen Ständerats Felix Gutzwiller (fdp., Zürich) zurück. Er sieht unter anderem vor, dass in den Gebäuden der öffentlichen Verwaltung sowie in Spitälern, Schulen oder auch in Museen, Theatern und Kinos ein gesetzliches Rauchverbot

gelten soll. Verstösse gegen das neue «Anti-Passivrauch-Gesetz» sollen mit Bussen von bis zu 1000 Franken geahndet werden können.

▶ **Lungenliga** : Volksinitiative möglich

Link: http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/lungenliga_volksinitiative_1.756313.html

▶ **Fumoirs**: Beliebt bei Gästen und Konzernen

Link:

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/fumoirs__beliebt_bei_gaesten_und_konzernen_1.738698.html

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/rauchen_nationalrat_staenderat_1.756211.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
